

DRINGLICHE MOTION

der ADG (SPO-PS-VERTS-PCS)-Fraktion, durch die Grossräte Jean-Henri Dumont, Didier Fournier und Sébastien Python (Suppl.), betreffend Standplätze für Fahrende (11.09.2012) 4.211

Dringlichkeitskriterien

Aktualität des Ereignisses: Ereignisse vom 22. bis 29. Juli, nach der letzten Session.

Unvorhersehbarkeit: Unvorhersehbares Ereignis, das sich wiederholen kann.

Notwendigkeit einer umgehenden Reaktion oder Massnahme: Befürchtungen und Unzufriedenheit der Bevölkerung, politische Instrumentalisierung.

Vom 22. bis 29. Juli haben französischstämmige Fahrende auf einem landwirtschaftlichen Grundstück in der Gemeinde Monthey eine traditionelle Hochzeit gefeiert. Der mehr oder weniger aufgezwungene und zwischen dem Bauern und den Fahrenden mehr oder weniger vereinbarte Aufbau eines Festzeltes (die Justiz wird darüber befinden) hat eine Welle von Empörung und Unverständnis ausgelöst, die in den Westschweizer Medien für Schlagzeilen gesorgt hat. Die ADG-Fraktion bedauert die politische Instrumentalisierung dieses Ereignisses durch einige, die lieber Öl ins Feuer giessen, statt zu versuchen es zu löschen und gesetzeskonforme pragmatische und einvernehmliche Lösungen zu suchen.

Sie vertritt die Ansicht, dass das Gesetz und die internationalen Vereinbarungen von allen gleichermaßen zu respektieren sind. Exzessiv repressive und diskriminierende Massnahmen sind keineswegs eine Lösung. Es wäre falsch und ungerecht, einen besonderen Fall zu verallgemeinern und damit gewisse Gemeinschaften zu stigmatisieren. Während der 16 Aufenthalte von Fahrenden 2010 und der 18 Aufenthalte 2011 (Quelle: Kantonspolizei) kam es zu keinen grösseren Problemen. Die Politiker sind dafür verantwortlich, die Ängste und Befürchtungen – seien sie begründet oder unbegründet – ernst zu nehmen, die Unzufriedenheit der Bevölkerung anzuhören und die nötigen Massnahmen zu treffen, um Problemen und möglichen Entgleisungen vorzugreifen und diese zu verhindern.

Es ist kein Novum, dass der vorübergehende Aufenthalt von Fahrenden im Wallis manchmal zu Problemen führt. Die Schwierigkeiten sind vor allem darauf zurückzuführen, dass es zu wenig, ungenügend ausgerüstete und schlecht an die Fahrenden angepasste Standplätze gibt. Der Staatsrat ist sich dessen bewusst und hat sich zum Ziel gesetzt, im Wallis mindestens einen Standplatz pro Region (Ober-, Mittel- und Unterwallis) zu haben. Eine Arbeitsgruppe beschäftigt sich schon seit rund fünfzehn Jahren damit – ohne Ergebnis, da keine Gemeinde ausser Martigny einen solchen Standplatz anbieten wollte. Genug gewartet – jetzt ist es Zeit, allerhöchste Zeit, zu handeln!

Schlussfolgerung:

Mit dieser Motion fordert die ADG-Fraktion den Staatsrat konstruktiv und pragmatisch auf, endlich Nägel mit Köpfen zu machen und zu veranlassen, dass die Standplätze im Mittel- und Oberwallis rasch realisiert werden. Wenn sich die Gemeinden nicht freiwillig zur Verfügung stellen, wird der Kanton diese Standplätze selbst schaffen und unterhalten müssen, indem auf eine Gleichbehandlung der Gemeinde Martigny – Paradebeispiel in diesem Bereich – geachtet wird. Wenn nötig wird der Staatsrat die entsprechenden Gesetzes- oder Reglementsänderungen verabschieden oder vorschlagen müssen.

Sitten, den 11. September 2012
(09.55 Uhr)

ADG (SPO-PS-VERTS-PCS)-Fraktion, durch
Jean-Henri Dumont, Grossrat
Didier Fournier, Grossrat
Sébastien Python, Grossrat (Suppl.)